

Digitales Brandenburg

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

Geschichte der neuesten Zeit

1815 - 1885 ; in vier Bänden

Von 1871 bis 1885

Bulle, Constantin

Berlin, 1888

Österreich-Ungarn.

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6504

doch leicht zu Ungunsten des neuen Königs verschieben können, wenn die alte republikanische Partei, der Viktor Emanuel durch seine nationalen Verdienste ein Gegengewicht hatte bieten können, noch in ihrer früheren Schroffheit bestanden hätte. Für die Sicherheit des Thrones und damit zugleich für die Befestigung des jungen Staates war es doch ein großes Glück gewesen, daß der verstorbene König die Regierungsfähigkeit der Linken anerkannt und diese dadurch auf den Boden der Verfassung hinübergeführt hatte. Selbst dem Eintritt der ultramontanen Partei in die parlamentarischen Kämpfe konnte man unter diesen Umständen ohne allzugroße Besorgnis entgegensetzen, während noch vor wenigen Jahren dieses Ereignis einen Bund mit den Republikanern und eine schwere Gefährdung der ruhigen Entwicklung hätte bewirken können.

Österreich-Ungarn.

Eine ähnliche Parteiverschiebung war fast gleichzeitig in der ungarischen Hälfte der österreichischen Monarchie ins Werk gesetzt, indem Tisza mit der Linken in den Rat des Königs berufen wurde und dagegen seine bisherige Feindschaft gegen den Deak'schen Ausgleich aufgab. In der cisleithanischen Hälfte dagegen hatte die Versöhnung der nationalen und politischen Grundsätze bislang auch nicht den mindesten Fortschritt gemacht.

Nachdem im November 1871 das Ministerium Hohenwart beseitigt war und Fürst Adolf Auersperg wieder ein rein deutsches und verfassungstreues Ministerium gebildet hatte, brach der Groll der enttäuschten Slawen, die sich soeben noch eines sicheren Sieges glauben zu dürfen, auf das heftigste los. Um den besonders erbitterten Tschechen mit Festigkeit entgegenzutreten wurde zum Statthalter und Militärkommandanten von Böhmen wiederum der Baron Koller ernannt. Der Prager Landtag, der die Wahl von Reichsratsmitgliedern jetzt natürlich wieder verweigerte, wurde geschlossen und die direkten Wahlen hatten das alte Ergebnis, daß 24 Deutsche gewählt wurden, während die 30 Tschechen den Eintritt in den Reichsrat ablehnten. In diesem waren die Parteiverhältnisse wesentlich dieselben wie früher; die liberale Partei war in der Mehrheit, aber die Polen, Slowenen, Merikalen konnten, wenn sie geschlossen stimmten, die zu Verfassungsänderungen nötige Zweidrittelmehrheit verhindern. Zunächst hatten sie die Gelegenheit dazu diese ihre Macht anzuwenden bei einem Notgesetz, durch welches das Ministerium die direkten Wahlen auch dann einführen wollte, wenn die von den Landtagen Delegierten ihr Mandat auszuüben sich weigerten. Um die Zustimmung der Polen oder wenigstens ihre Stimmenenthaltung zu gewinnen, wurden ihnen große Zugeständnisse in bezug auf die Autonomie Galiziens gemacht; trotzdem votierten sie gegen das Wahlgesetz; aber die Entscheidung fiel doch, wenn auch mit knapper

Ministerium
Auersperg.

Die Partei-
verhältnisse.

Das Notwahl-
gesetz.

Mehrheit für die Vorlage aus, so daß dieselbe im Februar 1872 zur Annahme gelangte. Dagegen kam der galizische Ausgleich ins Stocken. Im Ausschusse wurde freilich durch Mehrheitsbeschluß ein Entwurf angenommen; aber die Polen selbst hatten dagegen gestimmt und das Ministerium machte daher gar nicht den Versuch die Zustimmung des Reichstagsplenums oder des galizischen Landtags einzuholen.

Das Wahlgesetz. Dagegen verständigte es sich mit der Mehrheit unter der Hand über die Grundzüge eines definitiven Wahlgesetzes, das die Wahlen zum Reichsrat allgemein zu direkten machen, die Zahl der Abgeordneten vermehren und dabei das Verhältnis der drei Wählergruppen auf Kosten der Großgrundbesitzer zu Gunsten der Bauern und der Städte verändern sollte; den ersteren wurden 85, den Bauern 131, den Städten 137 Vertreter zugewiesen. Zur Verhandlung kam diese Vorlage erst im März 1873, und da die Polen voraussahen, daß sie dieselbe nicht zum Scheitern bringen könnten und sich deshalb der Abstimmung enthielten, wurde sie fast einstimmig angenommen. Die Zusammensetzung des Reichsrates hatte sich nämlich seit dem Sommer 1872 zu Gunsten der Verfassungspartei geändert. Nachdem unter beispiellos heftiger Agitation bei den Neuwahlen für den aufgelösten böhmischen Landtag die Deutschen die Mehrheit gewonnen, hatten sie statt 24 jetzt 40 aus ihrer Mitte nach Wien entsandt und somit die Mehrheit um 16 sichere Stimmen verstärkt. Freilich lag darin auch eine Gefahr. Die liberale Partei brannte vor Begierde ihre gesicherte Majorität zu benutzen und suchte das Ministerium zu gesetzgeberischen Vorlagen besonders auf dem kirchlichen Gebiete zu drängen, für welche dasselbe doch nicht auf die Einwilligung des Monarchen zählen durfte. Besonders der Kultusminister Stremayr sah sich deshalb starken Angriffen ausgesetzt, und die Ultramontanen des Reichsrates waren klug genug die ihnen ohnedies geneigte Gesinnung des Kaisers dadurch noch zu bestärken, daß sie gelegentlich in anderen Fragen, z. B. beim Militärbudget, wo die Liberalen Abstriche verlangten, ihre Stimmen entscheidend zu Gunsten der kaiserlichen Wünsche in die Waagschale warfen.

Ungarn. Noch weniger befriedigend gestalteten sich unter Graf Lonyays Präsidium die parlamentarischen Verhältnisse in Ungarn. Mit den Kroaten bahnte er freilich erfolgreich einen Ausgleich an. Nachdem er den Ugramer Landtag im Januar 1872 aufgelöst hatte, erzielte er bei den Neuwahlen im Mai eine Mehrheit von 55 gegen 50 Stimmen, die eine Delegation zur Revision des Ausgleichs von 1868 erwählte. Aber die Agitation im Lande dauerte ungeschwächt fort, genährt durch die Omladina, eine Verbindung, die ein großes Südflawenreich unter dem Fürsten Milan Obrenowitsch von Serbien, der am 22. August 1872 den Thron bestieg, anstrebte. Führer derselben war der Abgeordnete Miletitsch, aber auch der Patriarchatsverwerfer Stojkowitz in Karlowitz gehörte ihr an, und der serbische Nationalkongreß, der den neuen Patriarchen zu wählen hatte, stand ganz unter ihrem Einfluß. Die Absetzung von Stojkowitz

Der galizische
Ausgleich.

Das Wahl-
gesetz.

Die deutsch-
liberale Mehr-
heit.

Die Ultramon-
tanen.

Die Omladina.

und die
die der f
Auch
Lonyays
die es te
gesetzes z
wieder ei
währter
wie früh
keit des
Angriffs
Mitglied
würfen u
Weise be
Land ver
präsident
bergwerk
hatte kei
und das
insgesamt
heit nich
sicht die
Handels
und ben
wiederein
Au
Minister
die Mit
deutliche
alten Fr
dem er
Best un
machte.
im Herb
Zugestä
im Unte
versöhnt
endlich
des von
nische A
Zu
wiederke
daß das
gemäßig
man so

und die Auflösung des Kongresses waren doch nur äußere Heilmittel, die der fortschreitenden Zerfetzung nicht Einhalt zu thun vermochten.

Auch der ungarische Landtag von 1872 schloß mit einer Niederlage Lonyays; die radikale Minderheit verstand es durch endlose Reden, gegen die es keinen Schlußantrag gab, das Zustandekommen eines neuen Wahlgesetzes zu verhindern. Bei den Wahlen gewannen dann zwar die Deakisten wieder eine Mehrheit von 245 gegen 145 Stimmen; aber ihr alter bewährter Führer war durch Krankheit daran gehindert seinen Einfluß so wie früher geltend zu machen und was schlimmer war, die Persönlichkeit des Ministerpräsidenten Lonyay bot der Opposition sehr berechnete Angriffspunkte. Zum Wortführer der Ankläger warf sich freilich ein Mitglied der Linken auf, dessen anrüchige Vergangenheit seinen Worten viel von ihrer Kraft nahm, Csernatonyi. In leidenschaftlicher Weise beschuldigte er Lonyay, daß er sich selbst bereichere, während das Land verarme, und spielte auf die Gerüchte an, welche dem Ministerpräsidenten nachsagten, daß er bei der Verpachtung staatlicher Kohlenbergwerke eine Million für sich verdient habe. Die Deak-Partei selbst hatte keine Neigung sich unbedingt für Lonyay in die Bresche zu stellen, und das Ministerium fand sich deshalb zu dem Entschlusse gedrängt insgesammt zurückzutreten. Da es im übrigen des Vertrauens der Mehrheit nicht entbehrte, geschah das freilich von vornherein mit der Absicht die Geschäfte ohne Lonyay wiederzuübernehmen. Der bisherige Handelsminister Szlavy erhielt den Auftrag ein neues Kabinett zu bilden und bewog am 5. Dezember 1872 seine früheren Kollegen in dasselbe wiederinzutreten.

Auch unter seinem neuen Präsidenten war jedoch die Lage des Ministeriums nicht ohne Schwierigkeiten. In der Deak-Partei nahmen die Mitglieder, welche zu den Konservativen hinüberneigten, eine immer deutlicher erkennbare Sonderstellung ein, Lonyay intrigierte gegen seine alten Freunde und überdies verdarb es Szlavy mit den Deutschen, indem er die ungarische Sprache in der Gemeindeverwaltung von Ofenpest und im ganzen Eisenbahndienst zur ausschließlich herrschenden machte. Dagegen kamen die Ausgleichsverhandlungen mit den Kroaten im Herbst 1873 zum Abschluß. Die Ungarn machten einige finanzielle Zugeständnisse und räumten den Kroaten 34 statt der bisherigen 29 Sitze im Unterhause ein; zum Banus wurde Mazuranitsch, der Führer der versöhnlichen Mehrheit, ernannt und auch die Patriarchatswahl führte endlich zu einem der Regierung genehmen Ausgang, indem an Stelle des von ihr nicht bestätigten Stoikowitsch im August 1874 der rumänische Metropolit Ivacsowitsch gewählt wurde.

Zu schweren Sorgen gab die Finanzlage mit ihrem unabänderlich wiederkehrenden Defizit Anlaß. Auch die Opposition verhehlte sich nicht, daß dagegen etwas geschehen müsse; aber als Ghyczy, der Führer der gemäßigten Linken, zuerst im November 1873 den Gedanken aussprach, man solle den staatsrechtlichen Hader fahren lassen, den Ausgleich von

Lonyays Sturz.

Ministerium
Szlavy.

Die Deutschen.

Die Kroaten.

Die Finanz-
lage.

Ghyczy's Pro-
gramm.Szlavy's
Stellung.Ministerium
Bitto-Ghyczy.Tisza's
Schwenkung.Ministerium
Wendheim-
Tisza.

1867 anerkennen und dann gemeinsam mit der Deak-Partei eine finanziell vorteilhafte Änderung desselben von Cisleithanien zu erlangen suchen, wurde dieser Vorschlag von der Mehrheit des Klubs unter Tisza's Führung zurückgewiesen. Ghyczy legte infolgedessen sein Mandat nieder, wurde aber wiedergewählt und bildete nun mit 30 Anhängern eine neue Fraktion, die sich den liberalen Deakisten näherte. Inzwischen verschlimmerte sich die Lage des Ministeriums Szlavy immer mehr, da die Partei, auf welche es sich stützte, sich bei den wichtigsten Fragen spaltete. Schon Ende 1873 forderte der Finanzminister Kerkapolyi mit einigen Kollegen seine Entlassung; niemand war bereit seinen Posten zu übernehmen, so daß Szlavy selbst vorläufig sich damit belud. Allein die Schwierigkeiten dauerten fort. Das schlimmste Stück aus der Lonyay'schen Erbschaft war die Lage der unter seinen Auspizien gegründeten Ostbahngesellschaft, die mit einem Defizit von 24 Millionen Gulden arbeitete und nur durch einen Voranschuß der Nationalbank über Wasser gehalten wurde. Diesen zu erneuern war die Bank jedoch nicht willens, und da sie bei dem Zusammenbruch der Ostbahngesellschaft bedeutende Verluste zu gewärtigen hatte, mußte sie verlangen, daß sie von dem Ministerium, unter dessen Bürgschaft sie den Voranschuß geleistet, schadlos gehalten werde. Szlavy erkannte das als berechtigt an und brachte ein Gesetz in diesem Sinne ein; nach heftigen Debatten wurde dasselbe wirklich mit knapper Mehrheit im Februar 1874 angenommen; allein der Ministerpräsident war jetzt völlig davon überzeugt, daß er sich nicht zu behaupten vermöge und bat um seine Entlassung. Der König kam darauf persönlich nach Pest, beriet sich mit den Führern der verschiedenen Parteien und bewog endlich den Präsidenten des Unterhauses, Bitto, mit Ghyczy zusammen ein neues Kabinett zu bilden, das sich also mehr der Linken zuneigte. Allein auch dieser Versuch war doch nur eine Halbheit. Ghyczy's Finanzvorschläge, die auf Beschränkung der Ausgaben und Vermehrung der Steuern beruhten, konnten nur zur Annahme gelangen, wenn Tisza mit der Linken sich dafür erklärte; geschah das aber, so war es nur der Sachlage entsprechend, wenn er selbst das Staatsruder in die Hand nahm. Die unerläßliche Voraussetzung dabei war aber, daß er selbst den bisher bekämpften Ausgleich von 1867 anerkannte, also Ghyczy's Beispiel folgte. Nach langem Schwanken entschloß er sich dazu. Es war ein bedeutames Ereignis, als er am 3. Februar 1875 die Finanznot für so dringend erklärte, daß alle Parteien an ihrer Beseitigung mitarbeiten mußten. Er empfahl die Annahme des Ghyczy'schen Budgets, die dann auch erfolgte, und trat mit Bitto in Verhandlung wegen der Übernahme der Regierung. Dieser reiste nach Wien und erhielt die Zusicherung des Monarchen, daß er die Ernennung Tisza's zum Minister vollziehen werde. So wurde denn am 3. März ein neues Kabinett gebildet, dessen Vorsitz provisorisch der Deakist Baron Wendheim übernahm; Tisza wurde Minister des Inneren, Szell, ein Freund Ghyczy's, Finanzminister. Aus der Verschmelzung der liberalen

Deakisten
Regierung
konservativ
war ein
ungarisch
mit Tisza
dadurch
Gesamtfraktion

Gelbes
war in
Wiener
bruch ge
jähres E
die Höch
andere,
klassen
Schichten
Banhan
zum Teil
der Teil
Eindruck
Vermöge
heerende
gebieten
gewesen
Nationa
von 80
durch d
etwas C
auf die
allein
akuten
schlaffur

In
direkten
Von de
sition a
rate wie
deren g
Hohenw
der libe
der Zur
Anfang
im Reich
wenn si
Bulle

Realisten und des größten Theiles der Linken entstand eine neue große Regierungspartei von etwa 350 Mitgliedern, der nur ungefähr 100 konservative oder radikale Opponenten gegenüberstanden. Ihr Programm war eine Revision des Ausgleichs von 1867, bei der eine besondere ungarische Nationalbank gefordert und das Zoll- und Handelsbündnis mit Galizien gekündigt werden sollte. Dem letzteren eröffnete sich dadurch also abermals die Aussicht durch neue Opfer die Einheit des Gesamtstaates erkaufen zu müssen.

Gebeffert hatten sich auch dort die Verhältnisse nicht. Vielmehr war in den ersten Tagen des Mai 1873, während eben die glänzende Wiener Weltausstellung eröffnet wurde, der furchtbare Krach zum Ausbruch gekommen, welcher der schwindelhaften Blüte der Gründerzeit ein jähes Ende bereitete. In rasender Eile fielen die Kurse der unsinnig in die Höhe getriebenen Börsenpapiere; eine Insolvenzerklärung drängte die andere, und da die Jobberei in die höchsten und in die tiefsten Volksklassen eingedrungen war, so verbreitete sich das Elend durch alle Schichten. Auch hervorragende politische Persönlichkeiten wie Giskra, Banhans, Kaiserfeld u. a. wurden davon schwer betroffen und erlitten zum Teil unheilbaren Schaden an ihrem moralischen Ansehen, weil sie der Teilnahme an unlauteren Börsenoperationen überführt wurden; tiefen Eindruck machte es, daß der Feldmarschall Gablenz, der sein ganzes Vermögen einbüßte, sich in Zürich selbst das Leben nahm. Dem verheerenden Sturme durch das Eingreifen mit Staatsmitteln Einhalt zu gebieten, wie es die Börse verlangte, wäre ein thörichtes Unternehmen gewesen; nur eine beschränkte Vermehrung der Notenausgabe seitens der Nationalbank wurde gutgeheißen, einige Monate später auch eine Anleihe von 80 Millionen bewilligt um durch Bauten und Bestellungen, sowie durch die Errichtung von Vorschußklassen der nothleidenden Industrie etwas Erleichterung zu schaffen. Von Monat zu Monat hoffte man auf die Wiederkehr des Vertrauens und die Belebung der Geschäfte; allein die Anzeichen dafür ließen jahrelang auf sich warten; der akuten Krisis folgte eine lange Zeit vollständiger wirtschaftlicher Erschlaffung.

In den parlamentarischen Verhältnissen wurde durch die ersten direkten Wahlen, die im Oktober 1873 stattfanden, nicht viel geändert. Von den 353 Abgeordneten gehörten 126 der staatsrechtlichen Opposition an, allein die 42 Tschechen und einige andere blieben dem Reichsrat wiederum fern und dadurch schmolz jene auf 81 Mitglieder zusammen, deren größere Hälfte den Polenklub, die kleinere die Rechtspartei unter Hohenwarts Führung bildete. Die Mehrheit bestand aus der Partei der liberalen Alten, die 105 Mitglieder zählte, dem demokratischen Klub der Jungen mit 65 und den Konservativen mit 57 Genossen. Auch als Anfang 1874 die neun mährischen Tschechen und die drei Vorarlberger im Reichsrat erschienen, verfügten die Gruppen der Verfassungspartei, wenn sie geschlossen auftraten, immer noch über eine Zweidrittelmehrheit.

Weltausstellung und Krach.

Die Parteien im Reichsrat.

Die Landtage.

Auch in den Landtagen der Kronländer erzielte die staatsrechtliche Opposition wenig Erfolge; ihr Feldzug gegen die Rechtsgültigkeit der Wahlreform scheiterte überall, zum Teil freilich nur dadurch, daß die Regierungsvertreter die betreffenden Anträge nicht zuließen oder, wie in Borarlberg, den Landtag, ehe er Beschluß faßte, auflösten. Unter den Tschechen gedieh das Mißverhältnis zwischen den Alten und Jungen zum offenen Bruch, da die ersteren auch am Landtage nicht teilnehmen wollten, und die letzteren, um die Entscheidung des Volkes herbeizuführen, ihre Mandate niederlegten und, soweit sie in dem hüzigen Wahlkampfe wiedergewählt wurden, dann wirklich an den Beratungen sich beteiligten.

Die Kirchen-
gesetzgebung.

Den bedeutendsten Fortschritt machte im Jahre 1874 die kirchliche Gesetzgebung. Stremayr erhielt endlich vom Kaiser die Ermächtigung vier Gesetze einzubringen, von denen das erste die Aufhebung des Konkordates aussprach und die Staatsaufsicht über die Kirche regelte; das zweite bezog sich auf die klösterlichen Genossenschaften, das dritte ordnete die Beitragspflicht der Pfründeninhaber zur Deckung der Bedürfnisse des katholischen Kultus, das vierte die Bedingungen, unter denen neue Religionsgemeinschaften sich bilden dürften. Von dem Ausschuß des Reichsrates, dem dieser die Vorberatung übertrug, wurde dann noch ein Gesetz über die Civilehe hinzugefügt. Dies letztere und auch das Klostergesetz kamen jedoch nicht zustande, da das Herrenhaus mit ihnen nicht einverstanden war. Gegen alle Vorlagen begann der Ultramontanismus innerhalb und außerhalb des Parlamentes einen erbitterten Kampf. Bischöfliche Hirtenbriefe erklärten sie für Gewaltakte, denen der Katholik keinen Gehorsam schulde; der Papst schleuderte am 7. März 1874 eine Enchiridion gegen dieselben und suchte durch ein Handschreiben den Kaiser persönlich zu beeinflussen; eine große Volksversammlung in Wien, bei der die hohe Aristokratie die Führung übernahm, appellierte an die slavischen Massen, an die deutschen Bauern und an „die höchste Stelle auf Erden“, den Papst in Rom. Nicht minder energisch erklärte demgegenüber Fürst Auersperg, daß, solange er Minister sei, die Regierung nie zu einer Unterbehörde der Kurie herabsinken werde, und Stremayr versicherte ebenso entschieden, er werde zu verhüten wissen, daß aus den Dienern Gottes Mandatäre der staatsrechtlichen Opposition würden. Am Ende wurde das erste Gesetz mit großer Mehrheit in beiden Häusern angenommen und nach minder erregten Debatten auch das dritte und vierte im Mai 1874. Die Durchführung bot weniger Schwierigkeiten, als man hätte erwarten sollen. Der Nuntius Jacobini, der um diese Zeit in Wien eintraf, wirkte mit dem Erzbischof Rauscher zusammen in beschwichtigendem Sinne; der Minister enthielt sich jeder überflüssigen Provokation und der Kaiser selbst versicherte wohl hohen Kirchenfürsten gegenüber, daß, wenn er sich auch keine große Verdienste um die Kirche habe erwerben können, er doch vieles verhindert habe, was ihr weit schädlicher hätte werden können als alles, was zu ihrem Nachteil geschehen sei, und daß er auch weiterhin nach Kräften ihre Interessen schützen werde. Selbst

die eifri
von Lin
hatte, d
(tolerari
Österreich
dieselber

Er
werten
zufriede
nicht vo
Kaiser m
fame Fe
schäfte,
riefen,
neuerun
nämlich
Vorfiß
um dur
ren Ant
zwingen
durchzu
gepfloge
freie H
Stellun
fanden
Zoll- u
frage, d
der ung
80-Mil
von der
1877, v
Bank b
zurückg
zent da
verpflich
Indem
tremba
neuerun
Gewebe
werden.
wesentl
auf zeh
ihre D
sammen
ganzen

die eifrigsten Heißsporne des Ultramontanismus, wie Bischof Rüdiger von Linz, beruhigten sich allmählich, nachdem ihnen Jacobini angezeigt hatte, der heilige Vater glaube, daß man die Gesetze hinnehmen könne (tolerari posse), und so bildete das nachgiebige Verhalten des Klerus in Österreich einen charakteristischen Gegensatz zu dem ungestümen Auftreten desselben in Preußen.

Trotzdem war das Ministerium in einer keineswegs beneidenswerten Lage. Je mehr die Ultramontanen sich beruhigten, um so unzufriedener zeigten sich die Liberalen darüber, daß ihren Forderungen nicht voll Genüge geleistet und daß insbesondere das Klostergesetz vom Kaiser nicht vollzogen wurde, obgleich beide Häuser sich über eine gemeinsame Fassung geeinigt hatten. Dazu kam die schlechte Lage der Geschäfte, infolge deren die Industriellen immer lebhafter nach Schutzzöllen riefen, und vor allem die peinliche Aufgabe mit Ungarn über eine Erneuerung des Ausgleichs zu verhandeln. Im November 1875 kündigte nämlich Tisza, der seit dem 24. Oktober an Wendheim's Stelle auch den Vorsitz im Ministerium übernommen hatte, wirklich das Zollbündnis um durch den Druck, welchen er damit ausübte, für Ungarn einen größeren Anteil an dem Ertrage der gemeinsamen Konsumtionssteuern zu erzwingen und überdies die Forderung einer eigenen ungarischen Bank durchzusetzen. Monatelang wurden nun vertrauliche Verhandlungen gepflogen, in denen die Mehrheit des Reichsrates dem Ministerium völlig freie Hand ließ, da dieses jede Einmischung als eine Erschwerung seiner Stellung sehr bestimmt ablehnte. Die entscheidenden Schlußkonferenzen fanden im April 1876 in Wien statt. Außer der Bankfrage und dem Zoll- und Handelsbündnis wurden dabei auch die sogenannte Quotenfrage, d. h. die Bestimmung, nach der Österreich 70, Ungarn 30 Prozent der ungedeckten Reichsausgaben tragen mußte, und der Streit über die 80-Millionen-Schuld mit herangezogen. Diese letztere war unverzinslich von der Nationalbank auf die Dauer ihres Privilegiums, d. h. bis Ende 1877, vorgeschossen; sie mußte also, wenn die Ungarn wirklich eine eigene Bank begründeten und somit jenes Privilegium nicht verlängert wurde, zurückgezahlt werden, und die Frage war nun, ob Ungarn mit 30 Prozent davon belastet werden dürfe, da es doch in dem Ausgleich sich nur verpflichtet hatte, 30 Prozent von den Zinsen der Staatsschuld zu tragen. Indem man nun alle diese Streitfragen verband und sie als ein untrennbares Ganze behandelte, verständigte man sich dahin, daß eine Erneuerung des Zollbündnisses auf zehn Jahre stattfinden, die Zölle auf Gewebe, Getreide, Wein, Kaffee, Petroleum und andere Artikel erhöht werden, der Quotenatz und die Berechnung der Konsumtionssteuern im wesentlichen wie bisher bleiben und das Privilegium der Nationalbank auf zehn Jahre erneuert werden solle, jedoch mit der Bedingung, daß ihre Direktion zu gleichen Teilen aus Cis- und Transleithaniern zusammengesetzt und von ihren Noten ein Betrag von 30 Prozent der ganzen Emission der Pesther Filiale überwiesen werde.

Die Ausgleichs-
verhandlungen.

Abbruch der
Verhand-
lungen.

In Ungarn war für diese Vorschläge bald eine Mehrheit gesichert, da Tisza seinen Freunden vorrechnen konnte, daß sich das Königreich um vier bis fünf Millionen verbessern werde; in Cisleithanien dagegen erhob sich nicht allein eine lebhaft parlamentarische Opposition, sondern auch die Nationalbank, deren Zustimmung zu dem neuen Bankstatut doch nicht zu entbehren war, lehnte es ab sich darauf einzulassen. Vergebens bemühten sich nun die österreichischen Minister Tisza zu weiterer Nachgiebigkeit zu bewegen; nach Abbruch der im Januar 1877 in Wien gepflogenen Verhandlungen erbat der ungarische Ministerpräsident seine Entlassung, und der König gewährte sie ihm.

Verständigung
zwischen den
Ministerien.

Nur zu schnell stellte sich jedoch heraus, daß keine ungarische Partei zu finden war, die unter solchen Umständen Tiszas Erbschaft hätte antreten mögen, und nach wenigen Tagen war dieser wieder im Amte. Abermals begann das Suchen nach einem Mittelwege und endlich fand man ihn darin, daß nur sechs Mitglieder des Bankausschusses zu gleichen Teilen aus Cis- und Transleithaniern ernannt, die übrigen aber von den Aktionären frei gewählt werden sollten; ließ sich auch voraussehen, daß dabei thatsächlich die Mehrheit aus Cisleithaniern bestehen würde, so war doch wenigstens formell die Gleichberechtigung der Ungarn gewahrt, und dabei beruhigte sich Tisza mit seinen Freunden. Ende April gelangten nun die Vorlagen an die beiden Parlamente; doch fehlte dabei das Gesetz über das Zollbündnis, weil man mit Deutschland in Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag stand und daher den Tarif noch nicht durch die Sätze des Zollbündnisses unwiderruflich binden wollte. Gleichwohl hielt man den deutschen Forderungen gegenüber an den letzteren hartnäckig fest und hätte am liebsten nur einen Meistbegünstigungsvertrag geschlossen. Darauf aber wollte die deutsche Regierung wieder nicht eingehen, und so blieb am Ende des Jahres kaum etwas anderes übrig als den bestehenden Vertrag noch einmal um ein Vierteljahr zu verlängern. Genau denselben Ausweg mußte man auch bezüglich des österreichisch-ungarischen Ausgleichs einschlagen, der ja mit dem Jahresluß abließ, ohne daß mehr als einzelne Abschnitte der neuen Vereinbarungen allseitig angenommen waren.

Der Handels-
vertrag mit
Deutschland.

Parlamen-
tarische Erleb-
ung.

Langsam rückten dann auch im Jahre 1878 die Verhandlungen vorwärts. Der cisleithanische Reichstag wollte nicht daran die Erhöhung der Finanzzölle zu bewilligen, der transleithanische widersetzte sich den Schutzzöllen. Nur unter dem Druck eines Entlassungsgesuches, das Auerperg Ende Januar einreichte, gaben die Österreicher endlich nach, während in Ungarn die Rücksicht auf die immer ernster werdenden orientalischen Verwickelungen ihre Wirkung übte. Nun blieb noch die Quotenfrage und der Streit über die 80 Millionen-Schuld zu erledigen, und dazu wurde das Provisorium noch einmal bis Ende Mai 1878 verlängert. Beide Ministerien verständigten sich darüber ihre Abmachungen den Parlamenten gleichsam als Ultimatum vorzulegen: das Quotenverhältnis sollte unverändert bleiben, die Schuld aus dem Anteil beider

Regieru
Bankpri
werden.
beider
stimmun
2 1/2 jäh
Un
wurde,
oriental
österrei
schwer
schwung
Wir mi
insel un
zuvende

Di
reich m
facher
Befreiu
Einfüh
der Au
freilich
Standp
neben
freiten
der Zei
In der
Ideen
den Er
losigkeit
oder d
Teil d
Der in
wistich
führte
die ver
Eines
nalen
griechi
Kathol
seit 15
in derv

Regierungen am Bankgewinn zurückgezahlt und soweit sie bei Ablauf des Bankprivilegiums noch ungetilgt sei, zu 30% von Ungarn übernommen werden. Auf dieser Grundlage wurde denn endlich die Einwilligung beider Reichstage gewonnen; der österreichische vollzog seine Schlußabstimmung am 15., der ungarische am 25. Juni, und damit war nach 2 $\frac{1}{2}$ jährigen Verhandlungen das schwierige Werk zum Abschluß gebracht.

Um dieselbe Zeit aber, wo diese innere Krisis glücklich überwunden wurde, beschwor die auswärtige Politik, welche Graf Andrássy in der orientalischen Frage verfolgte und die zu der Besetzung Bosniens durch österreichische Truppen führte, eine neue herauf, in der das ohnedies schwer erschütterte Ministerium Auersperg erliegen und ein völliger Umschwung in der inneren Politik Cisleithaniens sich vorbereiten sollte. Wir müssen uns deshalb zunächst jetzt den Wirren auf der Balkanhalbinsel und der Politik Rußlands, welche dieselben großzog und ausnützte, zuwenden.

Rußland und der Orient.

Die Periode der Sammlung und der Reformen, die für das Zarenreich mit der Beendigung des Krimkrieges begonnen hatte, war in vielfacher Beziehung nicht ohne die erwünschten Früchte geblieben. Die Befreiung der Leibeigenen, die fortschreitende Russifizierung Polens, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die Besserung der Finanzlage, der Ausbau des Eisenbahnnetzes waren Fortschritte, die dem Auslande freilich nicht alle gleich sympathisch sein mochten, die aber vom russischen Standpunkt aus doch kaum hoch genug gewürdigt werden konnten. Daneben fehlte es allerdings auch nicht an dunklen Schatten. Aus den befreiten Leibeigenen entwickelte sich allmählich ein Proletariat, das mit der Zeit zu einem bedeutsamen politischen Faktor heranwachsen mußte. In der jüngeren Generation breiteten sich sozialistische und nihilistische Ideen immer mehr aus und erzeugten häufiger als in anderen Ländern den Entschluß zu ruchlosen Attentaten, die in der Willkür und Gewissenlosigkeit der Beamtenwelt nicht selten einen Schein der Rechtfertigung oder doch Entschuldigung fanden und von den Geschworenengerichten zum Teil durch unbegreifliche Freisprechungen gleichsam gebilligt wurden. Der immer weniger bestrittene, unumschränkte Einfluß, den die panslawistischen Ideen in der Presse und in den regierenden Kreisen gewannen, führte zu einem erbitterten Kriege gegen die privilegierte Stellung und die verbürgten Rechte, deren sich einzelne Provinzen des Reiches erfreuten. Eines der wichtigsten Mittel, deren man sich zur Bekämpfung der nationalen Besonderheiten bediente, blieb nach wie vor die Ausbreitung der griechischen Religion. Wie man in Polen alles that um den römischen Katholizismus zu beschränken, so trachtete man besonders danach den seit 1595 mit Rom unierten Zweig der griechischen Kirche wieder ganz in deren Schoß zurückzuführen und erreichte dies Ziel durch schonungs-

Innere Fortschritte.

Nihilismus.

Panslawismus.